

Eine weitere Skandalisierung

Der Landtag hat nun einen weiteren Untersuchungsausschuss auf den Weg gebracht. Untersucht werden soll die in den vergangenen Jahren praktizierte Ernennung von Staatssekretären und Einstellung von Büroleitern und persönlichen Referenten von Ministern und Staatssekretären und Pressesprechern in den Ministerien. Der Vorwurf steht nach einem Bericht des Landesrechnungshofes im Raum, die Landesregierung hätte weniger nach Fachkompetenz, vielmehr nach Parteizugehörigkeit entschieden. Ein Vorwurf der öffentlich schnell verfährt, da er Vorurteile über den politischen Betrieb nur allzu bereitwillig bedient. Umso wichtiger ist die Schaffung von Transparenz. Und zur Transparenz gehört, dass der Rechnungshof geprüft hat, ob bei der Besetzung der Stellen, für die gesetzlich keine Stellenausschreibung vorgeschrieben sind, Stellenausschreibungen stattfanden. Dies war zwangsläufig nicht der Fall. Und der Grund für die seit Jahren in Thüringen unveränderte und auch bundesweit überall geltende rechtliche Regelung ist das in diesen Stellen erforderliche besondere persönliche und politische Vertrauensverhältnis.

Bei Staatssekretären kommt zudem hinzu, dass sie sowohl in der Wahrnehmung als auch in ihrer Verantwortung die Landesregierung repräsentieren, die sich nach Wahlen und den dabei zustande gekommenen politischen Mehrheitsverhältnissen bilden. So ist es dann auch nicht verwunderlich, dass dies bei Staatssekretären und engen persönlichen Mitarbeiter auch unverändert in Thüringen seit 1990 bei Einstellungen berücksichtigt wurde. Wer heute diese rechtlichen und politischen Grundlagen bei Regierungsbildungen missachtet und um der schnellen Zustimmung wegen von „Vetternwirtschaft“ redet, manifestiert das Misstrauen in politische und demokratische Institutionen. Insofern ist Transparenz nötiger denn je, aber allumfassend, aufklärerisch und erklärend. In diesem Sinne kann der Untersuchungsausschuss ein Instrument sein, Vertrauen in die Demokratie zu stärken. Sollte sich dort aber fortsetzen, was die letzten Wochen bereits an unsachlicher Skandalisierung erlebbar war, dann wird dieser Untersuchungsausschuss einzahlen auf das Konto derer, die vom Misstrauen in die Demokratie den größten Nutzen ziehen, nämlich diejenigen, die sie am liebsten überwinden wollen.
Steffen Dittes, Fraktionsvorsitzender

Halbzeit für Untersuchungsausschuss 7/3

Nach einem Jahr des Untersuchungsausschusses „Politischmotivierte Gewaltkriminalität“ ist es Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen. **Auf den Seiten: 4-6**



Linker Ticker

Zum internationalen Hebammen-tage am 5. Mai äußerte sich **Karola Stange**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und sozial- und gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, wie folgt: „Hebammen stellen in unserer Gesellschaft die Begleitung von schwangeren Frauen vor der Geburt als auch danach sicher. Ihr Job ist wesentlich für die Gesundheit der kleinsten und verwundbarsten Menschen in unserer Gesellschaft. Deshalb danke ich allen Hebammen sowie angehenden Hebammen, die diese wichtige Aufgabe erfüllen und jeden Tag an der Seite von Schwangeren und Müttern stehen.“ +++ Anlässlich des bundesweit startenden Fahrradkorsos für kinderfreundliche Radwege forderte die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, **Dr. Gudrun Lukin**: „Alle Kinder und Jugendlichen sollen sich sicher und selbstständig mit dem Fahrrad und zu Fuß bewegen können, doch das aktuelle Straßenverkehrsrecht verhindert das, denn es bevorzugt immer noch das Auto. Wir brauchen ein Straßenverkehrsrecht, bei dem die Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer mehr Berücksichtigung findet. Davon profitieren wir alle und nur so gelingt die Verkehrswende.“ +++ „Wenn die Feuerwehr Einsatzstellen absperrt, Schläuche verlegt oder sich mit dem Sondersignal den Weg durch die Straßen bahnt, dann macht sie das nicht zum Spaß, sondern weil sie Menschenleben retten und Gefahren eindämmen will, in unserem gesellschaftlichen Auftrag. Es gibt keinerlei Rechtfertigung, Einsatzkräfte gezielt zu behindern, zu bedrängen oder zu gefährden, wir sollten ihnen keine Steine in den Weg legen, sondern den Rücken bestmöglich freihalten.“ Zum Internationalen Tag der Feuerwehrleute am 4. Mai erklärte **Donata Vogtschmidt**, Sprecherin für Katastrophenschutz und Feuerwehr der Linksfraktion im Thüringer Landtag: „Jeden Tag riskieren Einsatz- und Rettungskräfte ihre eigene körperliche Unversehrtheit für die öffentliche Sicherheit im ganzen Land, 97 % der Feuerwehr-Angehörigen beteiligen sich in ihrer Freizeit am aktiven Dienst, tun dies im Ehrenamt. Ihnen gebührt unser Respekt und Dank.“

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Redaktion: Lisa Hilpert
V.i.S.d.P.: Olaf Weichler
Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
Web: www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 4. Mai 2023



Rückblick April-Plenum

Praxisintegrierte Ausbildung nun Regelausbildung

Kleine Novelle Kindergartengesetz verabschiedet

Seit vier Jahren hat das Landes-Modellprojekt der praxisintegrierten Ausbildung (PiA) in Thüringen neben der konsekutiven Ausbildung einen zweiten Weg zum Erzieher:innenberuf geöffnet und ausprobiert. Nun wurden im April-Plenum des Thüringer Landtags die

Weichen für die Regelfinanzierung gestellt. Dazu Daniel Reinhardt, Sprecher für frühkindliche Bildung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Im Gesetz beschrieben ist nun der Vollzug der erkämpften 39-Stunden-Woche für Erzieher:innen bei vollem Lohnausgleich. Und damit verbunden die notwendige Anpassung auch auf den Mindestpersonalschlüssel.“

„Hier werden nun keine größeren Effekte im Bereich des Personalschlüssels deutlich werden, aber es ist eine tariflich erkämpfte Anpassung, die nun Eingang in das Gesetz findet und somit tatsächlich die Arbeitsbedingungen von meinen Kolleg:innen verbessert.“ Außerdem wird die praxisintegrierte Ausbildung (PiA) nun zur Regelausbildung und steht somit neben der traditionellen vollzeit-schulischen Ausbildung. PiA eignet sich vor allem für

Menschen, die biografisch schon weiter sind, vielleicht eine eigene Familie gegründet haben. Das Modellprojekt zeigt: Durch PiA können nachweislich zusätzliche Erzieher:innenstellen im Freistaat zur Verfügung gestellt werden. Mit unserer angestrebten Schlüsselverbesserung von 1:12 bei der Betreuung unserer Kinder im Alter zwischen drei und Schuleintritt benötigen wir allein 1000 zusätzliche Erzieher:innen. „Mit Annahme des Gesetzes heute steht fest, dass die praxisintegrierte Ausbildung vom Freistaat monatlich mit 1200 € pauschal pro Ausbildungsstelle bezuschusst wird. Der restliche Anteil der insgesamt 1800 Euro Ausbildungskosten pro Stelle obliegt dann der Finanzierung des Kindergartenträgers, welcher diese Kosten nun über die Betriebskosten geltend machen kann“, so Reinhardt abschließend.



Gute Übersetzer-Dienstleistung ist wichtig

Rechtliche Änderung hilft Rechtsuchenden

Dr. Iris Martin-Gehl, justizpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag zum Landtagsbeschluss über neue Regelungen zu Dolmetscher- und Übersetzerleistungen im Bereich der Justiz:

„Der Landtagsbeschluss zu neuen Regelungen im Bereich der Dolmetscher- und Übersetzerleistungen in der Thüringer Justiz rückt die Bedeutung dieses Themas für die erfolgreiche Durchsetzung der Rechte von Betroffenen in den Fokus. Dies ist ein Bereich, der für die Justiz von großer, von zunehmender Bedeutung ist. Denn: Die fortschreitende Globalisierung unseres gesellschaftlichen Lebens und kulturelle Vielfalt in allen Lebensbereichen bringt es mit sich, dass Gerichte, Ermittlungsbehörden, Notare mit Menschen zu tun haben, die der deutschen Sprache nicht bzw. nur ungenügend mächtig sind.“ Man denke nur an die steigende Zahl

von Verfahren aus den Bereichen des Aufenthalts- und Asylrechts bei den Verwaltungsgerichten, an „grenzüberschreitende“ familienrechtliche Verfahren oder auch an die in den Notariaten zunehmend vorzunehmenden Beglaubigungen ausländischer Urkunden und Dokumente. Da die verfassungsmäßig verbrieftene Rechtsweggarantie für alle gleichermaßen gilt, sind Sprachbarrieren durch den Einsatz von Sprachmittlern zu überwinden. Das betrifft selbstverständlich ebenso die Menschen, die sich aufgrund einer Behinderung sprachlich nicht ausdrücken können. Dolmetscher und Übersetzer sowie Gebärdensprachdolmetscher tragen daher in erheblichem Maße zu einer funktionierenden Rechtspflege bei. Umso wichtiger ist es sicherzustellen, dass die in verschiedenen Bereichen der Justiz zum Einsatz kommenden Sprachmittler hohe Standards aufweisen.



Unsichtbare Gefahren sichtbar machen

Aktuelle Stunde zum Workers Memorial Day 2023

Am 28. April wurde der Workers Memorial Day begangen, der an die zahlreichen Lohnarbeitenden erinnert, die während der Ausübung ihrer Arbeit an der Arbeitsstelle erkrankten, verletzt oder sogar getötet wurden. Anlässlich dessen hat die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag eine Aktuelle Stunde im April-Plenum einberufen, um auf die Bedeutung des betrieblichen Arbeitsschutzes aufmerksam zu machen. Gewerkschaftssekretär:innen der Gewerkschaft IG BAU, der Fachgruppenvorsitzende der Dachdecker in Niedersachsen sowie Beschäftigte aus dem Bereich Bau, Forstwirtschaft und Gebäudewirtschaft haben ebenfalls der Aktuelle Stunde beigewohnt. Seit dem ersten Workers Memorial Day sind mittlerweile mehr als hundert Jahre vergangen, doch noch immer wird sowohl auf internationaler als auch nationaler Ebene eine Vielzahl an Arbeitsunfällen verzeichnet. So sind allein in Thüringen im Jahr 2021 über 20.000 meldepflichtige Arbeitsunfälle verzeichnet worden, 11 davon verliefen leider sogar tödlich.

Schutz wird vernachlässigt

Dazu äußert sich Lena Saniye Güngör, Sprecherin für Arbeits- und Gewerkschaftspolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, wie folgt: „Das diesjährige Motto des Aktionstages ist unsichtbare Gefahren sichtbar machen.“ Unsichtbar sind im Baugeberbe allerlei Gefahren: Seien es fehlende Erholungszeiten für Beschäftigte, extreme Wetterverhältnisse wie Hitze oder Kälte, denen sie im Berufsalltag ausgesetzt sind oder auch unsichtbare Gefahrenstoffe in der Luft, wie z. B. As-

best. Die nach wie vor sehr gute Auftragslage in der Baubranche führt jedoch allzu oft dazu, dass die Sicherstellung des Arbeitsschutzes zugunsten der vollen Auftragsbücher auf dem Rücken der 14.000 Beschäftigten der Thüringer Baubranche vernachlässigt wird.“

Konsequenter Umgang

Weiter führt Güngör aus: „Wir als Fraktion DIE LINKE fordern daher einen konsequenteren Arbeitsschutz in Thüringen. Wir müssen das Thüringer Vergabegesetz nachschärfen und um die kommunale Ebene erweitern, damit klare und einheitlich definierte Arbeitsschutzkriterien nicht einfach auf Kosten der Beschäftigten umgangen werden können! Verschärfte Kriterien für den Arbeitsschutz bildet jedoch nur eine Seite der notwendigen Maßnahmen: Es muss daneben auch sichergestellt werden, dass diese von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern eingehalten werden. Dank der rot-rot-grünen Koalition konnten wir in den letzten Haushalten die notwendigen Mittel bereitstellen, um den Bereich der Arbeitsschutzkontrollen in dem Ministerium personell aufzustocken. Arbeitsschutz ist kein Geschenk der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, sondern das Recht aller Beschäftigten!“

Deshalb müssen wir Arbeitsschutz weitreichender und konsequenter denken. Auch mit Blick auf die nächsten Haushaltsverhandlungen darf der Bereich Arbeitsschutz nicht aus dem Blick verloren werden - um damit getreu dem diesjährigen Motto auch „Unsichtbare Gefahren sichtbar (zu) machen.“



Teil politischer Skandalisierung vonseiten der CDU

Steffen Dittes zum Antrag auf einen Untersuchungsausschuss

Am Rande des April-Plenums kündigte die CDU und FDP an, zu den im Sonderbericht des Rechnungshofes enthaltenen Bewertungen der Besetzung von Staatssekretär:innen und zur Einstellung von Büroleiter:innen, persönlichen Referent:innen und Pressesprecher:innen einen Untersuchungsausschuss einrichten zu wollen. Steffen Dittes, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, erklärte dazu:

„Der Antrag ist nicht überraschend, er ordnet sich ein in die Skandalisierungsstrategie der CDU. Sämtliche Berichte des Rechnungshofes und sämtliche Stellungnahmen der Landesregierung liegen den Abgeordneten vor, bis Ende Mai hat die Landesregierung dem Landtag die Übersendung eines ergänzenden Berichtes und die Beantwortung von weiteren durch die Fraktionen in dieser Woche zugeleiteten Fragen zugesagt“, so Dittes.

Grundlage dafür sei ein in der vergangenen Woche beschlossener Zeitplan im Haushalts- und Finanzausschuss. Um auf der Grundlage sämtli-

cher zur Verfügung stehender Unterlagen die Ernennungen und Einstellung rechtlich zu bewerten, sei ein Untersuchungsausschuss sicher nicht notwendig. „Weder CDU noch FDP geht es um eine sachgerechte Bewertung und Transparenz, sondern der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist Teil einer politischen Inszenierung. Das zeigt sich auch darin, dass noch während einer laufenden Sitzung des Landtages eine Sondersitzung des Parlamentes beantragt wird. Hiermit soll offenkundig in der Öffentlichkeit der Eindruck eines außergewöhnlichen Handlungsbedarfes suggeriert werden“, erklärt Dittes.

Unabhängig davon, stellt Dittes klar, sei die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses das Recht einer parlamentarischen Minderheit und nicht infrage zu stellen. „Wenn es der CDU und der FDP in der Sache Ernst ist, dann sollen sie morgen den Antrag auf die Tagesordnung des Landtages setzen. Die dafür notwendige 2/3 Mehrheit wäre durch die Abgeordneten der

Koalition gewährleistet“, so Dittes. Ein Untersuchungsausschuss werde insbesondere die Möglichkeit bieten, im Wege der Beweiserhebung nachzuweisen, dass die vom Landesrechnungshof kritisierte und von der Landesregierung als rechtskonform gekennzeichnete Ernennungs- und Einstellungspraxis auf die Regelungen im Beamten- und im Laufbahngesetz aufbaue und unterschiedslos der Verwaltungspraxis seit mehr als drei Jahrzehnten in Thüringen, aber auch der anderer Bundesländer entspreche. Die Koalitionsfraktionen würden diese Fragestellungen als notwendige Untersuchungsgegenstände in die Konstituierung des Untersuchungsausschusses mit einem ergänzenden Antrag einbringen.



Mehr zu dem Thema finden Sie unter: <https://www.die-linke-thl.de/themen/rechnungshofbericht/>

Zwischenbilanz zum Untersuchungsausschuss: „Politisch motivierte Gewaltkriminalität“

Titel-Thema

Am 3. Mai 2022 trat erstmals der Untersuchungsausschuss 7/3 „Politisch motivierte Gewaltkriminalität“ im Thüringer Landtag zusammen. Seither thematisieren die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag - Katharina König-Preuss, Christian Schaft und Sascha Bilay, die Gefahr der extremen Rechten in Thüringen und analysieren den staatlichen Umgang mit ihr in den letzten 10 Jahren. Zur Halbzeit des Untersuchungsausschusses ist es nach einem Jahr Zeit für eine Zwischenbilanz.

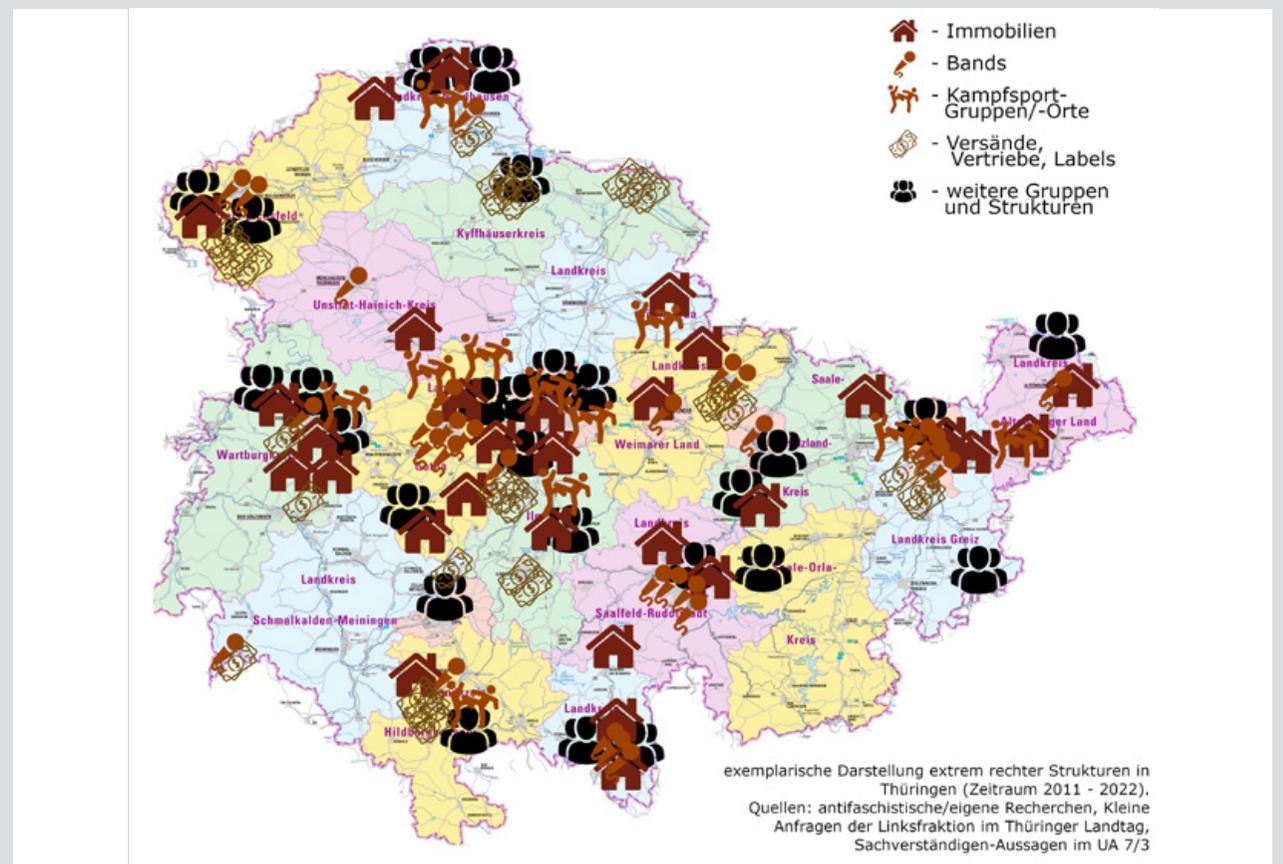
Scharfe Schwerter und steile Thesen

Zunächst ist ein Schritt zurück notwendig. Im Juli 2021, zu einem Zeitpunkt als alle Zeichen noch auf baldige Neuwahlen standen, nutzte die CDU ihr Minderheitenrecht, um einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Bereits damals löste der Antrag Kopfschütteln aus. Es war zu vermuten, dass es sich eher um ein Wahlkampfinstrument als ein tatsächliches Untersuchungsinteresse handelte. Das viel beschworene „schärfste Schwert des Parlaments“ wäre in der knappen verbleibenden Zeit kaum arbeitsfähig gewesen - zumal da der von der CDU verfasste Untersuchungsauftrag einem innen- und sicherheitspolitischen Rundumschlag gleichkommt, dem es an konkreten und abgrenzbaren Fragen fast vollständig mangelt. Stattdessen finden sich dort eine Reihe steiler Thesen über angeblich lange schon vorhandene „linksterroristische Ansätze“ in Thüringen, verbunden mit der Unterstellung, die Arbeit und das Engagement der Menschen in der demokratischen und antifaschistischen Zivilgesellschaft in Thüringen diene nur dazu, die Polizei in Zweifel zu ziehen und würde insgeheim sogar linke Gewalt fördern.

Die Arbeit im Untersuchungsausschuss

Anders als der CDU war uns von Beginn an klar: Wir werden im Untersuchungsausschuss unser Augenmerk auf die extreme Rechte in Thüringen legen, da hier - wie wir als LINKE schon lange thematisieren - das Problem im Bereich der politisch motivierten Kriminalität liegt.

Mit mehreren Beweisanträgen haben wir Akten, die unseren Fokus untermauern sollen und können, beigezogen. Es kann mittlerweile auf umfangreiches Aktenmaterial aus Thüringen und anderen Bundesländern zurückgegriffen werden, das das massive Problem mit der extremen Rechten sowie deren Verbindungen zur AfD aufzeigt. Bei



den Aktenlieferungen werden allerdings auch Leerstellen deutlich. Vor allem das Thüringer Amt für Verfassungsschutz (AfV) hat bisher wenig dazu beigetragen, dass der Untersuchungsausschuss seinen Aufklärungsauftrag umfassend erfüllen kann. Die bisher vorgelegten Akten des AfV bestehen mehrheitlich aus Kopien polizeilicher Erkenntnisse: was der eigene Beitrag des sich selbst als „Frühwarnsystem“ deklarierenden AfV ist, ist bisher für uns nicht erkennbar.

Die Opposition hingegen legt bisher eine geringe Arbeitsintensität an den Tag. Anträge zu Aktenbeiziehungen werden kaum gestellt oder zu großen Teilen aus den Anträgen der Fraktion DIE LINKE und der Koalitionsfraktionen kopiert. Bei der Befragung von Sachverständigen und Zeug:innen wissen die Abgeordneten der Opposition oft gar nicht, was sie fragen sollen. Der AfD ist ihr viel beschworener „Mut zur Wahrheit“ zum Teil so sehr abhandeln gekommen, dass sie vor den Beiträgen von Sachverständigen den Raum verlässt. Stattdessen wird versucht, auf Showeffekte und Spektakel zu setzen. Anders ist sowohl die von der AfD beantragte Anhörung des ehemaligen Chefs des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Mitglied der Thüringer CDU Hans-Georg Maaßen als auch die von der CDU beantragte Ladung des vermeintlichen „Kronzeugen“ im Antifa-Ost-Verfahren nicht zu verstehen.

Bisherige Erkenntnisse

Inhaltlich war es den Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE möglich, die breite Verankerung und das Festsetzen der extremen Rechten und die Bildung

eines „rechten Mosaiks“ zwischen gewaltbereiten organisierten Nazis, Verschwörungsideolog:innen, Pandemielegner:innen, Reichsbürger:innen und der AfD als ihr parlamentarisches Pendant in Thüringen im Ausschuss herauszuarbeiten. Obwohl CDU und AfD eigene Sachverständige zum Thema geladen haben und trotz der umfangreichen Aktenlieferungen konnte hingegen an keiner Stelle im Ausschuss ein Nachweis für die Behauptungen über „linksterroristische Ansätze“ erbracht werden. Was sich allerdings gezeigt hat ist, dass die Instrumente, mit denen die Polizei und der so genannte „Verfassungsschutz“ versuchen, politische Kriminalität zu erfassen wenig, bis keine Aussagekraft haben. Dies betrifft neben der so genannten „Extremismustheorie“ insbesondere die polizeiliche Statistik zur politisch motivierten Kriminalität (PMK). Durch die Kategorie „politisch nicht zuzuordnen“ werden die Zahlen zu rechten Straftaten künstlich klein gehalten. Fast alle Straftaten aus dem klar rechten Spektrum der „Reichsbürger“ oder dem der Verschwörungsideolog:innen und Pandemielegner:innen sind laut den Richtlinien der PMK-Statistik „politisch nicht zuzuordnen“.

Zu den Fehlern, die schon im Konzept dieser Statistik stecken, kommt hinzu, dass die Polizist:innen, die einschätzen sollen, ob eine Tat politisch motiviert ist oder nicht, oft nicht ausreichend ausgebildet sind und mit dieser Einschätzung teils auch überfordert sind.

Wie geht es weiter?

Der Ausschuss wird mit der Vernehmung von Sachverständigen und

Zeug:innen und dem Verlesen von Akten wohl noch bis Frühjahr 2024 Zeit haben. Je näher der Wahlkampf rückt, desto wahrscheinlicher ist mit neuen Wahlkampfmanövern, Spektakel und Effekthascherei von Seiten der CDU und der AfD zu rechnen. Für die Abgeordneten der DIE LINKE Fraktion wird es weiter darum gehen, mit Fakten zu untermauern, wovor CDU und AfD die Augen verschließen wollen: Dass Thüringen ein Problem mit einer extremen Rechten hat, die fest verankert ist, über eigene Infrastrukturen verfügt, bundesweit relevant und herausstechend ist, die bewaffnet und gewalttätig ist und die mit der AfD über einen parlamentarischen Arm verfügt, der an einer weiteren Normalisierung extrem rechter Inhalte und einer weiteren Radikalisierung der Menschen in Thüringen arbeitet.

Um dieser Entwicklung etwas entgegen zu setzen, bedarf es einerseits einer Überarbeitung der Beobachtungs- und Erfassungsinstrumente sowie des Agierens der Sicherheits- und Ordnungsbehörden unter demokratischer, wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Begleitung. Andererseits braucht es eine starke und breit aufgestellte sowie unterstützte antifaschistische Zivilgesellschaft, die sich lokal und konkret gegen die extreme Rechte und für ein gutes Leben für alle einsetzt. Das konnten auch die Sachverständigen im Untersuchungsausschuss deutlich machen. Dem schäbigen Versuch der CDU, durch die Übernahme von AfD-Positionen Stimmung auf Kosten dieser Menschen zu machen, werden sich die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE auch weiterhin entgegenstellen.

Thüringen: Hotspot der extrem rechten Szene

Katharina König-Preuss macht Zusammenhänge der Szene deutlich

Thüringen ist eines der Bundesländer, in denen es Neonazis und dazugehörigen Strukturen gelungen ist, sich fest zu verankern. Über das ganze Bundesland verteilt sind rechte Immobilien, Versände, Rechtsrock-Bands und Rechtsrock-Konzertorte, extrem rechte Parteien, Kampfsportstrukturen und Organisationen aufzufinden. Thüringen bietet alles, was das Neonazi-Herz begehrt.

Teils sind die dazugehörigen Neonazis bereits seit Jahrzehnten aktiv, entstammen gar dem Umfeld der rechtsterroristischen Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“, teils ist es bereits der Nachwuchs militanter Neonazis der 90er Jahre und/ oder neu entstandene Strukturen wie bspw. Knockout 51 aus Eisenach, „Arische Bruderschaft“, „Anastasia“, „Atomwaffendivision“, „Blood & Honour“, „Combat 18“, „Europäische Aktion“, „Gedächtnisstätte e.V.“, „Hammerskins“, „Identitäre Bewegung“, „Junge Revolution“, „Jungsturm“, „Kampf der Nibelungen“, „Kommando 075“, „Schlesische Jugend“, „Neue Hitlerjugend“, „Nordadler“, „Patriotische Gruppe Thüringen“, „Reichsbürger“, „Turonen/ Garde 20“, „Vereinte Patrioten/ Veteranen-Pool“, „Wardon 21“ sind einige der im Freistaat in den vergangenen Jahren und/ oder aktuell relevanten rechten Strukturen. Hinzu kommen die AfD und ihre Jugendorganisation, dass im Zuge der Corona-Pandemie entstandene extrem rechte „Freies Thüringen“ sowie diverse weitere Initiativen, Gruppierungen und Vereine. Thüringen ist übersät von rechten Strukturen und Personen, die untereinander teils enge Vernetzungen pflegen. Sie alle eint ihre enorme Gefährlichkeit. Dass in Thüringen allein im Jahr 2022 vier Großrazzien in der rechten Szene stattfanden, ist nur ein Beleg dafür.

„Arische Bruderschaft“

Kaum thematisiert, selten öffentlich erwähnt und doch seit Jahren in Thüringen aktiv ist die sich um den bundesweit aktiven Neonazi Thorsten Heise aus Fretterode organisierende „Arische Bruderschaft“. Sie ist ein elitärer Zusammenschluss von Neonazis, mit bundesweiten Strukturen, deren Kopf und relevante Führungsperson Thorsten Heise ist. Ihre Mitglieder kennzeichnet eine hohe Gewaltbereitschaft, welche u.a. beim lebensgefährlichen Angriff auf Journalisten in Fretterode im Jahr 2018 oder auch bei einem Rechtsrock-Konzert in Neumünster, bei dem sie Polizeibeamt:innen angriffen, offensichtlich wurde. Sie beziehen sich positiv auf die NS-Ideologie und übernehmen sogenannte Sicherheitsaufgaben bei Veranstaltungen der rechten Szene.

Turonen/ Garde 20

Bundesweit bekannt wurden die „Turonen“ und ihre „Supporter-Struktur“ „Garde 20“ im Jahr 2017, als in Themar

Thüringen bietet alles, was das Neonazi-Herz begehrt. [...]

All die Aktivität im Bundesland bleibt nicht ohne Folgen.

Katharina König-Preuss

Sprecherin für Antifaschismus und Antirassismus

das bis dahin größte Neonazi-Rechtsrock-Festival in Deutschland mit knapp 6000 Neonazis stattfand, welches durch die Turonen organisiert wurde. Erneute Aufmerksamkeit gab es, als im Jahr 2021 im Zuge einer großangelegten Durchsuchungsmaßnahme bekannt wurde, dass sie im Bereich der Organisierten Kriminalität tätig waren und ihr Geld mit Drogenhandel und Prostitution verdienten. Über Jahre hinweg konnten die v.a. in den Landkreisen Gotha und Saalfeld/ Rudolstadt ansässigen Mitglieder der „Turonen/ Garde 20“ ihre rechte Militanz weitgehend ungestört ausüben, sei es in schweren Übergriffen wie auf die Kirchengesellschaft in Ballstädt oder auch auf engagierte Antifaschist:innen. Weder die Angriffe noch die von den Turonen organisierten Rechtsrock-Konzerte, auf denen antisemitische Hetze verbreitet wurde, zahlreiche Straftaten oder auch die Vernetzung der „Turonen“ mit dem extrem rechten österreichischen Netzwerk „Objekt 21“ führten zu einem nachhaltigen Eingreifen der Sicherheitsbehörden. Erst die Vermischung mit dem Bereich der Organisierten Kriminalität ließ ein konsequentes Vorgehen erkennen. Mehrere Führungspersonen sitzen aktuell in Haft, die „Turonen/ Garde 20“ sind momentan nicht handlungsfähig.

„Knockout 51“

Die am 6. April 2022 großangelegten Durchsuchungsmaßnahmen, u.a. gegen „Knockout 51“ in Eisenach und dazugehörige Verhaftungen, kennzeichnen das vorläufige Ende einer jahrelang aktiven, hoch militanten Neonazi-Gruppierung, deren Mitglieder mit einer hohen Anzahl von Straftaten seit 2016 aufgetreten waren. Mit zahlreichen Bedrohungen, Körperverletzungen, Sachbeschädigungen, mehreren Verstößen gegen das Waffengesetz, aber auch Schießübungen war „Knockout 51“ bzw. deren Vorläuferorganisationen (Antikapitalistisches Kollektiv und Nationaler Aufbau Eisenach) eine der gefährlichsten Neonazi-Gruppierungen in Thüringen. Der Name „Knockout“ war Programm. Enge Verbindungen zur NPD, Kameradschaft zu Akteuren der „Hammerskins“ oder „Combat 18“ sowie zu militanten Kampfsportstrukturen wie „Kampf der Nibelungen“, befeuerten nicht nur die hasserfüllte Ideolo-



Aufnahmen von den Rechtsrock-Veranstaltungen im Thüringischen Themar
Vernetzungstreffen militanter Neonazis

gie, sondern motivierten die Taten. Ziel von „Knockout 51“ war es, in Eisenach eine „National befreite Zone“ zu errichten. Mit entsprechenden Einschüchterungen - von teils flächendeckenden Graffiti über gewaltsame Angriffe - sollten politische Gegner:innen bekämpft werden. Körperliche Verletzung und Misshandlung gehörte ebenso dazu, wie Übernahme von Teilen nationalsozialistischer Ideologie.

Über mehrere Jahre hinweg konnte „Knockout 51“ faktisch machen, was sie wollten. Antifaschist:innen, die immer wieder auf die Gefährlichkeit von „Knockout 51“ und deren Aktivitäten aufmerksam machten, wurden weitgehend ignoriert. Eine antifaschistische Demonstration im Jahr 2019 in Eisenach führte - im Gegensatz zu all den Straftaten der militanten Neonazi-Gruppierung - zu Abwehr und lauter Empörung in Teilen der Eisenacher Be-

völkerung und der CDU, der Innenminister rief die Antifaschist:innen, die aufgrund jahrelanger, massiver rechter Gewalt in Eisenach gegen rechts demonstrierten, zur Gewaltfreiheit auf.

Wie Recht die Antifaschist:innen haben sollten, bewies sich Jahre später, als mehrere Führungspersonen von „Knockout 51“ am 6. April 2022 durchsucht und verhaftet wurden. Das Verfahren gegen „Knockout 51“ hätte bereits Jahre vorher stattfinden können, ihren rechtsmilitanten Aktivitäten hätte Einhalt geboten werden müssen. Dass bei den Durchsuchungen und Festnahmen im April 2022 Thüringer Behörden größtenteils nicht beteiligt waren, spricht, so der Sachverständige Robert Claus im Untersuchungsausschuss 7/3, „nicht für ein adäquates Agieren thüringischer Behörden gegenüber dieser Gruppe.“

Weiter auf Seite 6

Thüringen: Hotspot der extrem rechten Szene

Katharina König-Preuss macht Zusammenhänge der Szene deutlich

Anschluss an Seite 5

Keine Beruhigung

Mit dem gegen „Knockout 51“ eingeleiteten Verfahren und dazugehörigen Verhaftungen war in Eisenach jedoch nur kurzzeitig eine Beruhigung eingetreten. Das „Flieger Volkshaus“, die Zentrale der NPD, bietet rechtskonservativen bis rechtmilitanten Strukturen seit Jahren den benötigten Rückzugs-, Organisations- und Erlebnisort. Seien es Vernetzungs- und Kampfsporttreffen der rechten Szene, Rechtsrock-Konzerte, mit denen auch Spenden für inhaftierte militante Neonazis gesammelt werden, oder auch eine Vortragsveranstaltung zur „Krisenvorsorge“, alias Vorbereitungen für den von Neonazis herbeigesehten „Tag X“ – das „Flieger Volkshaus“ bietet nicht nur für die NPD, sondern ebenso für Akteure verbotener rechter Strukturen einen Raum.

Hinzu kommt eine neue rechte Gruppierung in Eisenach, die seit einigen Monaten in ähnlichem Stil wie „Knockout 51“ agiert: Bedrohungen bis hin zu Morddrohungen gegen Antifaschist:innen, Übergriffe und Körperverletzungen gegen vermeintlich politische Gegner und – ebenso wie „Knockout 51“ durchgeführte „Kiez-Gänge“ führen erneut zu einer hohen Bedrohungssituation für engagierte Menschen.

Ähnliche Gruppierungen bestehen auch in anderen Thüringer Städten: sei

es eine seit Herbst 2022 unter dem Namen „Kommando 075“ in Erscheinung tretende Gruppierung aus Gera, denen zuzurechnende Mitglieder mit Hakenkreuzen und SS-Symbolik in Gera posieren oder auch eine neue Kampfsportstruktur der rechten Szene im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt, die aktuell Gelder sammelt, um einen Trainingsraum ausstatten zu können: Neonazis, völkische und rechte Strukturen breiten sich in Thüringen aus, rassistische sowie antisemitische Positionen und Verschwörungserzählungen haben im Laufe der Corona-Pandemie und durch den verbrecherischen Angriffskrieg Russlands in der Ukraine massive Steigerung erfahren. Neonazis werben da-

für, in ostdeutsche Bundesländer zu ziehen, da in Mitteldeutschland „die Verteidigung der Heimat (...) auf Hochtouren“ laufen würde, so die neonazistische Initiative „Zusammenrücken“ im März 2023. Nicht nur in Nordthüringen haben sich völkische Strukturen angesiedelt, auch in der Nähe von Sonneberg sind Ansiedlungen zu beobachten. Immobilien wie das Rittergut in Guthmannshausen und das Hufhaus in Ilfeld tragen mit entsprechenden Veranstaltungen zur Etablierung völkisch-antisemitischer Strukturen bei. Dass in Guthmannshausen seit 2011 ungestört Treffen von Holocaust-Leugnern, Geschichtsrevisoren und Nationalsozialisten stattfinden können, ist der

CDU zu verdanken. Das Thüringer Liegenschaftsmanagement unter Verantwortung des CDU-geführten Finanzministeriums verkaufte die ehemals in Landesbesitz befindliche Immobilie und behauptete im Nachgang, keine Erkenntnisse über den Hintergrund der Käuferin gehabt zu haben.

Die Folgen

All das bleibt nicht ohne Folgen. Die Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt „ezra“ verzeichnete für das Jahr 2022 einen Höchststand an Gewalttaten mit 374 betroffenen Menschen, darunter 103 Kinder und Jugendliche. Neben den drei – exemplarisch herausgehobenen Neonazi-Gruppierungen – haben sich im Kontext der Corona-Pandemie neue rechte Strukturen, wie bspw. „Freies Thüringen“ herausgebildet. Ihre antisemitischen, verschwörungsideologischen Positionen sind nicht neu, sondern docken an bestehende Einstellungen nicht nur in rechten Strukturen an. Hilfreich und mutmachend ist eine engagierte, antifaschistische Zivilgesellschaft. Sie ist der Schlüssel, um nicht nur die extreme Rechte, sondern antisemitische und rassistische Positionen, die quer durch die Gesellschaft verbreitet sind, zurückzudrängen.

Diese zu stärken und zu stützen, anstelle Repression auszusetzen, sollte Maßstab und Ziel einer rot-rot-grünen Landesregierung sein. *K. König-Preuss*



Gegenproteste in Thamar, organisiert vom Bündnis für Demokratie und Weltoffenheit, Kloster Veßra

Gera im Mittelpunkt der Vernetzungen

Extrem rechte Verschwörungsideolog:innen kommen hier zusammen

In den letzten Jahren setzt die extreme Rechte verstärkt auf Verschwörungsideologien, mit denen sie auf weit verbreitete antisemitische, rassistische und völkisch-nationalistische Haltungen zurückgreifen und für sich nutzen kann. Teile der selbsternannten politischen Mitte sind nicht frei von diesen Haltungen. Die Raumnahme seitens der extremen Rechten und die zunehmende öffentliche Akzeptanz für die Verschwörungsideologien der extremen Rechten lässt sich am Beispiel Gera nachvollziehen.

Radikalisierte Konservative

Bereits in der ersten Phase der Coronakrise war die Mobilisierungsfähigkeit der extremen Rechten und die Bereitschaft von konservativen Kräften, mit ihnen zu kooperieren, in Gera zu beobachten. 2020 fand eine Demonstration gegen die Pandemieschutzmaßnahmen statt, die vom Geraer Unternehmer Peter Schmidt angemeldet wurde und zu der auch extreme Rechte mobilisierten. Schmidt lässt sich als damaliges Mitglied im Wirtschaftsrat der CDU im Scharnierbereich zwischen konservativen und extrem rechten Akteuren verorten. An der Demonstration nahm

auch Thomas Kemmerich, Landesvorsitzender der FDP Thüringen, teil und legitimierte durch seine Teilnahme auch die Akzeptanz für rechte Verschwörungsideologien.

Die öffentliche Gleichgültigkeit bis Akzeptanz gegenüber derartigen Positionen trug dazu bei, dass die extreme Rechte organisatorischen Einfluss gewann. Inzwischen treten bei Demonstrationen in Gera bekannte extreme Rechte auf und verbreiten bei ihren Reden auch antisemitische und rassistische Inhalte. Frank Haußner, Vertreter von „Freies Thüringen“ und der Gruppe „Patrioten Ostthüringen“ ist nicht nur mehrfacher Teilnehmer, sondern mitverantwortlich für Plakate, auf denen Politiker:innen und Journalist:innen in Sträflingskleidung abgebildet und mit dem Schriftzug „Schuldig“ versehen sind. Über Monate wurden diese Plakate bundesweit auf Demonstrationen mitgeführt, bevor die Polizei begann, sie zum Teil zu beschlagnahmen. Auch die Organisation der Demonstrationen selbst liegt inzwischen gänzlich in den Händen von extremen Rechten, wie etwa Christian Klar, der bereits seit Ende der 1990er Jahre als Nazi politisch aktiv ist. So nahm er 1999 bei einer Demonstration der NPD

und des Thüringer Heimatschutzes teil. Der Thüringer Heimatschutz war diejenige Organisation, aus der der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) hervorging.

Stoppt die AfD

Bei der größten Demonstration der letzten Zeit, am 3. Oktober 2022, bei der nach Polizeiangaben bis zu 10.000 Menschen teilnahmen, hielt Christian Klar eine Rede, in der „Globalisten“ und „Kabale“ für Phänomene wie etwa Migration, Coronakrise und den Ukrainekrieg verantwortlich macht. Mit diesen kaum versteckten antisemitischen Äußerungen und Propagierung von extrem rechten Verschwörungsideologien war er bei dieser Demonstration nicht allein auf der Bühne. Auch Jürgen Elsässer, Chefredakteur der extrem rechten Zeitschrift Compact, der von einem angeblichen Bevölkerungsaustausch sprach, und Björn Höcke, Landesvorsitzender der AfD Thüringen, der die „Zerstörung der Nation durch Masseneinwanderung“ behauptete, bedienten die gleichen extrem rechten Verschwörungserzählungen. In jüngster Zeit haben sich die Organisator:innen aus Gera nun dem Netzwerk des ehemaligen

AfDlers Poggenburg angeschlossen. Der neu gegründete Verein „Aufbruch Gera“ grenzt sich inhaltlich von der AfD ab und bietet insbesondere den Anhängern von „Freies Thüringen“ eine politische Heimat abseits der AfD. Inwieweit es dem Verein gelingt, der AfD Konkurrenz zu machen, wird sich bei den Kommunalwahlen im Jahr 2024 in Thüringen zeigen. „Aufbruch Gera“ will mit eigenen Kandidierenden antreten.

... weil es nötig ist!

Am Beispiel Gera zeigt sich aber auch, wie wichtig antifaschistische Recherchen und eine aktive Zivilgesellschaft sind. Die Verstrickungen und Verbindungen der extrem rechten Demonstrationen in Gera sind nur aufgrund der unermüdlichen Recherchearbeit von lokalen Antifaschist:innen bekannt. Es regt sich außerdem immer wieder auch Protest gegen die rechten Aufmärsche, der mit solidarischen Antworten auf aktuelle Krisen und rechte Verschwörungsideologien reagiert und die Etablierung von Angstzonen in Gera nicht unwidersprochen hinnehmen will. *Ismail Küpeli, Patrick Mayer, Katharina König-Preuss*



Europatag

Bedeutung von Frieden in Europa

Anlässlich des Europatages am 9. Mai betont die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag die Bedeutung von Solidarität und Frieden in Europa. Der Europatag ist ein wichtiger Anlass, um die Errungenschaften und Herausforderungen der Europäischen Union zu würdigen und über die Zukunft Europas zu diskutieren. Bereits zum zweiten Mal steht dieser Tag dabei unter dem Schatten des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine.

Markus Gleichmann, europapolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE und Vertreter im Europäischen Ausschuss der Regionen, betont fest: „Der Europatag erinnert uns daran, dass die europäische Einigung ein wichtiger Schritt für ein friedliches und soziales Europa war. In einer Zeit, in der natio-

nalistische Tendenzen, Populismus und gewaltsame Konflikte zunehmen, ist es wichtig, dass wir uns auf unsere gemeinsamen Werte besinnen und uns für ein starkes, demokratisches und soziales Europa einsetzen.“

Man müsse sich außerdem weiterhin für Veränderungen innerhalb der Union stark machen. „Europa muss eine Union sein, die den Menschen dient und nicht den Interessen der Konzerne und Banken“, so Gleichmann weiter. „Wir fordern eine europäische Sozialunion, in der soziale Gerechtigkeit und Teilhabe im Mittelpunkt stehen. Dazu gehört auch eine gerechte Verteilung von Wohlstand und die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung.“

DIE LINKE Fraktion macht im Rahmen dessen auch auf die Bedeutung der

„Wir fordern eine europäische Sozialunion, in der soziale Gerechtigkeit und Teilhabe im Mittelpunkt sehen.“

Dazu gehört auch eine gerechte Verteilung von Wohlstand und die Bekämpfung von Armut“

Markus Gleichmann
Europapolitischer Sprecher

Zusammenarbeit zwischen den Regionen Europas aufmerksam. „Gerade diese können und sollten ihre Stärken und Kompetenzen einbringen, um Europa voranzubringen“, stellt Abgeordneter Gleichmann fest. „Wir setzen uns daher auch im Rat der Regionen für eine stärkere Mitsprache der Regionen auf europäischer Ebene ein.“

Die Fraktion ruft dazu auf, den Europatag als Anlass zu nehmen, um sich für ein solidarisches und friedliches Europa einzusetzen. „Nur gemeinsam können wir erreichen, dass die Europäische Union demokratischer, sozialer und ökologischer wird. Nur so können wir die Zukunft Europas gestalten“, so Gleichmann abschließend.

Einblick in das Camper-Leben

Karola Stange und Knut Korschewsky bei Erfurter Campingpark

Ende April besuchten die Abgeordneten Karola Stange in ihrer Funktion als Erfurter Stadträtin und Knut Korschewsky als tourismuspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag zusammen mit Mitarbeiterinnen den Campingpark Erfurt an der Rudolstädter Straße in Dittelstedt. Auf Einladung des Betreiberhepaares Kerstin List und Philipp Egle konnte sich ein umfangreiches Bild von den Möglichkeiten des Wohnmobil- und Campingplatzes am Rande der Stadt gemacht werden. Mit viel Liebe zum Detail ist in den letzten Jahren ein sehr gut ausgestatteter Platz entstanden, der allen Ansprüchen gerecht wird und viel Wert auf Umweltschutz, Nachhaltigkeit, Regionalität und Barrierefreiheit legt. „Die Auszeichnung des Campingpark Erfurt mit dem Tourismuspreis 2022 ist absolut verdient“, erklärt Korschewsky und zeigt sich auch über weitere Auszeichnungen begeistert, die die Eigentümer des Campingparks in den letzten Jahren erhalten haben.

Von unterschiedlichen Größen der Stellplätze für Wohnmobile und Wohnwagen über Möglichkeiten zum Aufstellen von Zelten bis zu Übernachtungen in nachhaltigen „Holzbungalows“ für Biker:innen und Familien wurde an alle unterschiedlichen Bedürfnisse ge-

dacht. Auch die Sanitäreanlagen sind auf höchstem Niveau. Sogar eine Dusche für Hunde ist vorhanden. Und wer seine Versorgung auffüllen muss oder Kleinigkeiten wie Milch oder Marmelade vergessen hat, der kann sich im kleinen Shop an der Rezeption Nachschub organisieren.

Der Grund für den Besuch war auf die Bitte des Betreiberhepaares entstanden, denn der Campingpark ist bisher nicht gut ausgeschildert. Es gibt zwar ein kleines Piktogramm mit einem kleinen Zelt kurz vor dem Ziel, aber keine Hinweisschilder an den Kreuzungen in der Nähe, wie den Abgeordneten und Mitarbeiterinnen bereits bei der Anfahrt aufgefallen war. Wie und in welcher Form Abhilfe geschaffen werden kann, ist noch offen. Die Abgeordneten Korschewsky und Stange wollen daher bei der Stadt Erfurt und der Landesregierung nachhaken, welche Optionen der Verbesserung kurzfristig umgesetzt werden können. Schließlich sollten die hervorragenden Möglichkeiten und Bedingungen des Campingparks Erfurt durch viele neue Gäste genutzt werden. Dazu gehört auch eine gute Erkennbar- und Erreichbarkeit.

Ein herzliches Dankeschön an Frau List und Herrn Egle für die nette Auf-



nahme und die interessante Führung mit den ausführlichen Informationen.

Mehr Informationen zum Campingpark unter: www.campingpark-erfurt.de



Foto: prefab/www.pfab.de

„Wärmewende muss sozial und gerecht sein“

Maßnahmen zur Entlastung der Bürger:innen

Der Wohnungssektor ist ein Pulverfass. In keinem anderen Bereich werden die aktuellen Krisen so spürbar: Die seit einem Jahrzehnt anhaltende und sich weiter verschärfende Mietenkrisis, die Energiekrise und aktuell zusätzlich der Einbruch im Bausektor wirken sich aus in Form von hohen Kostenbelastungen und Wohnungsnot. Gleichzeitig wurden die Klimaziele im Gebäudesektor wiederholt verfehlt. Genau dieser ist aber unionsweit für 40 Prozent des Energieverbrauchs und 36 Prozent der direkten und indirekten energiebedingten Treibhausgasemissionen verantwortlich, ein großer Teil davon durch Wohnungen.*

Die Emissionszahlen gehen kaum nach unten, die Sanierungsrate stagniert, effektive politische Maßnahmen lassen auf sich warten bzw. werden von Teilen der Regierungskoalition und Lobbygruppen ausgebremst. Doch je später relevante Mengen an Treibhausgas eingespart werden, desto eher sind unwiderrufliche Kippunkte erreicht, und

desto teurer werden Klimaschutz und Klimawandel.

Soziale Balance bewahren

Die wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Ute Lukasch, erklärt dazu weiter: „Die Dekarbonisierung muss alle Bereiche umfassen – von der Industrieproduktion über den Gebäudebereich bis hin zur Mobilität und der Landwirtschaft. Und wir müssen die soziale Balance wahren; der Abbau klimaschädlicher Subventionen kann hier wichtige Gelder freisetzen, die wir dafür sinnvoll einsetzen können.“ Die Wärmewende, verstanden als Umbau hin zu einem klimaneutralen Gebäudesektor, duldet weder Vertagung noch Verschleppung. Im Gegenteil, sie muss in den nächsten 15 bis spätestens 20 Jahren umgesetzt werden. Neu errichtete Gebäude müssen deshalb bereits jetzt unmittelbar klimaneutral sein. Im Rahmen des EU-Klimaschutzpaketes „Fit für 55“ haben die EU-Staaten darüber hinaus festgelegt, dass Bestandsgebäude, sowohl in öffentlicher als auch privater Hand, bis 2033 zunächst mindestens auf das Niveau der Gesamtenergieeffizienzklasse D und bis 2050 in Nullemissionsgebäude umgebaut werden sollten. Das ist allerdings mit hohen Investitionskosten verbunden.*

Die EU-Gebäude-Richtlinie (EPBD) sieht dabei vor, dass Gebäude mit dem schlechtesten Energiestandard zuerst saniert werden. Genau diese Gebäude sind prozentual gesehen am häufigsten von finanziell schwachen Bevölkerungsteilen wie Rentner:innen, Alleinerziehenden und Arbeitslosen bewohnt. Sie verursachen zwar absolut gesehen weniger Treibhausgasemissionen, durch die schlecht sanierten Häuser verbrauchen sie pro Quadratmeter jedoch mehr Energie und sind dadurch stärker von Energiearmut bedroht. So gaben die Haushalte im untersten Einkommenszehntel 2021 durchschnittlich 4,6 Prozent ihres Gesamteinkommens für Wärme aus, die oberen 10 Prozent nur weniger als ein Prozent. Die Situation hat sich mit den gestiegenen Energiepreisen noch deutlich verschärft: 2022 verausgabte das untere 10-tel fast 8 Prozent, das oberste aber nur 1,5 Prozent. Am passgenauesten

und nachhaltigsten gegen Energiearmut sind deshalb eigentlich Maßnahmen, die den Energieverbrauch langfristig reduzieren und damit Haushalte widerstandsfähiger gegenüber Energiepreisschwankungen machen.

Es braucht aktives Eingreifen der Politik

Von den 40 Millionen Haushalten in Deutschland wohnen allerdings mehr als die Hälfte der Haushalte zur Miete, im untersten Einkommenszehntel sogar fast 90 Prozent. Ob nach einer Sanierung die Warmmiete für Mieter:innen nach Abzug der Heizenergiekosteneinsparungen sinkt, gleichbleibt oder steigt, hängt deshalb davon ab, wie hoch die umlagefähigen Sanierungskosten sind, wie viel als Modernisierungsumlage umgelegt wird und ob bei der Sanierung Förderung in Anspruch genommen wurde. Werden die Kosten auf die Mieter:innen umgelegt, droht die eigentlich notwendige Beschleunigung der Wärmewende und der aus sozialer wie ökologischer Sicht sinnvolle Ansatz der EU vollkommen zu scheitern. Mehr noch: bestehende Probleme der Wohnungsknappheit und Verdrängung werden sogar verstärkt. Die Politik muss hier deshalb wirksame Mechanismen entwickeln, um dem entgegenzuwirken, z.B. ein zielgruppenspezifisches Bundesprogramm mit erhöhten Fördersätzen für energetische Sanierung von Gebäuden mit hohem Anteil von Bewohner:innen mit Wohnberechtigungsschein, gekoppelt an langfristige Mietpreis- und Belegungsbindung. Klimaschutz und bezahlbares Wohnen schließen sich gegenseitig nicht aus. Energieeffiziente Sanierung, gerade von Mehrfamilienhäusern, kann eine ökonomische Verbesserung für jene bringen, die es am meisten brauchen. Dafür braucht es aber ein aktives Eingreifen und Lenken von Seiten der Politik.

Aktionsplan Klimagerechtigkeit

Die zentrale Forderung aus dem Konzept der DIE LINKE Bundesfraktion ist die, dass öffentliche Mittel zur Sanierung insbesondere auf Großwohnsied-

lungen, aber auch andere Siedlungen aus der Nachkriegszeit zu konzentrieren sind. Diese sind größtenteils ohne jede energetische Auflage errichtet und zu hohem Anteil kaum energetisch saniert. Das Konzept der Bundestagsfraktion finden Sie unter: www.linksfraktion.de

„Wir sprechen uns gegen Maßnahmen wie ein Klimageld, das als Pro-Kopf-Rückerstattung also im Gießkannenprinzip umgesetzt wird, aus. Hier werden besonders vulnerable Gruppen zu wenig unterstützt. Wir halten zielgruppenorientierte Zahlungen für gerechter und ökonomisch effizienter“, erklärt Lukasch dazu. Für eine Reihe von Maßnahmen gilt es zu prüfen, wie die Rahmenbedingungen zu setzen sind und welche Mittel bereitzustellen sind, damit diese z. B. die Verringerung der Wohnflächen bei Rentner:innen unterstützen (Wohnungstausch, Umzugsprämie, Wohnraumteilung - eher für Einfamilienhäuser interessant -, Förderung von Wohngemeinschaften).

Ute Luksch und Ulf Raesfeld

* Die Info am Rand

Bei den Gebäuden kam es 2022 zu einer Emissionsminderung von knapp sechs Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten (minus 5,3 Prozent) auf rund 112 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten. Trotz dieser Emissionsminderung überschreitet der Gebäudesektor, wie bereits im Vorjahr, die erlaubte Jahresemissionsmenge gemäß Bundes-Klimaschutzgesetz, die bei 107,4 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten liegt. Die Emissionsminderung liegt auch im Gebäudesektor wesentlich in den gestiegenen Energiepreisen und damit im „Sparen von Wärme und Strom“ begründet.

Warum heißt es „Fit für 55“?

„Fit für 55“ bezieht sich auf das Ziel der EU, die Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent zu senken.

„Mehrfamilienhäuser: Der blinde Fleck der sozialen Wärmewende.“

Wie belastet sind Haushalte durch Wärmeenergiekosten und wie wirkt die Gas- und Wärmepreisbremse?*

Herausgeber/ innen: Öko-Institut e.V., Rosa-Luxemburg-Stiftung

Erschienen: März 2023

Nur online verfügbar

Die Studie war Grundlage dieses Textes.



Die Studie finden Sie unter: www.rosalux.de/publikation/